

Freidenker

zwischen Rhein und Saar

Mitteilungsblatt

des Landesverbandes Rheinland-Pfalz / Saarland

Ostermarsch 2012

**Ostersamstag, 7. April
Saarbrücken
und
Wiesbaden**

Weil wir Frieden wollen, ...

... müssen wir die Politik in die eigenen Hände nehmen.

-----**Heft 1 / 2012**-----

Verantw. f. d. Inhalt: DVF-RPS,

E-Mail: dfv-rps@t-online.de

Karin Gottlieb, Frinkenstr. 9, 55743 Idar-Oberstein, Tel: 06781/1685

Rainer Dörrenbecher, Adlersbergstr. 39, 66540 Neunkirchen, Tel: 06821/52439

Bankverbindung: KSK Birkenfeld Kt. Nr. 61255BLZ 56250030

Liebe Freidenker Genossinnen und Genossen, Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich möchte Euch in dieser Ausgabe kurz über unsere Jahresversammlung informieren, an der ein Viertel unserer Mitglieder teilgenommen hat. Wie üblich fand die Versammlung in zwei Teilen statt.

Am Vormittag eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Antizionismus = Antisemitismus?“ Als Referent hatte der Bundesvorsitzende Klaus Hartmann zugesagt; er konnte aber nicht kommen, da er an einem Symposium zu Ehren des verstorbenen marxistischen Philosophen Hans-Heinz Holz teilnahm. Klaus von Raussendorff erklärte sich dann kurzfristig bereit zu der Thematik zu sprechen, jedoch mehr unter historischen Gesichtspunkten. Im Anschluss an den Vortrag entwickelte sich ein lebhafter Meinungs austausch.

Auf der Jahresversammlung am Nachmittag zog die Landsvorsitzende Monika Bilanz unserer Tätigkeit in 2011. Mit insgesamt 3 öffentlichen Veranstaltungen und einem Seminar hat unser Verband viel geleistet, wenn man dabei berücksichtigt, dass sich nur wenige Mitglieder an der aktiven Arbeit beteiligen. Wir haben bei diesen Veranstaltungen zwei neue Mitglieder und ein Fördermitglied gewonnen. Diese Aktivitäten sollen erweitert werden, um unseren Verband stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dazu soll auch unser Bundesverbandsorgan „der Freidenker“ mehr genutzt werden. Bei mir können in beliebiger Menge kostenlos Broschüren als Werbeexemplare angefordert werden.

Nach vielen Bemühungen haben wir auch eine eigene Homepage des Landesverbandes, die freundlicherweise von Jeanette Rassmann betreut und aktualisiert wird. www.rheinland-pfalz-saarland.freidenker.org Unser Internet Auftritt steckt noch in den Anfängen, doch wir arbeiten daran und Mitarbeit ist erwünscht.

Auch für unser Heft „Freidenker zwischen Rhein und Saar“ wurde noch mal um Mitarbeit gebeten. Texte zu aktuellen Ereignissen in Rheinland-Pfalz und Saarland, Veranstaltungshinweise, Berichte von Veranstaltungen können weiterhin als Brief an Karin und Rainer oder mit e-mail geschickt werden.

Neuwahlen standen nicht an. Die Kassiererin Karin Gottlieb wurde einstimmig entlastet.

Am 2.06./3.06.2012 findet unser Verbandstag in Nürnberg statt. Hierzu wurden Daniel Bratanovic aus Trier zum Delegierten und Gerhard Broquard aus Sulzbach zum Ersatzdelegierten gewählt. Monika und Monique Broquard sind aufgrund ihrer Funktion Delegierte. Wer von Euch Interesse hat als Gast teilzunehmen, muss sich bei mir bis 10. März gemeldet haben. Monika dankte allen

11. März Fukushima – Jahrestag: NON à Cattenom



**TSCHERNOBYL
FUKUSHIMA
CATTENOM?**

SCHENGEN
SONNTAG - DIMANCHE 11.03
13:00 Gegenüber dem Centre Européen
En face du Centre Européen

Demo - Manifestation / Menschenkette - Chaine Humaine
Musik - Musique / Aktionen - Actions

Unterstützer:
Attac Untere
Saar
Bürgerinitiative
Cattenom Non
Merci
Bürgerinitiative
gegen die ato-
mare Bedrohung
Saarwellingen
Courage SB
DKP Saarland
MLDP Saar
Montagsdemo
Saarbrücken
SPD Gemein-
verband Perl
Sortir du Nuclé-
aire, (Dachver-
band
Frankreich),
Navigation

Agenda: Articulacao Antinuclear Brasileira, Umweltaktionsbündnis SB

(Fortsetzung v. Seite -2-)

für ihre Mitarbeit und ihr Engagement für den Freidenker Verband. Als nächstes stehen die Ostermärsche vor der Haustür an denen wir uns als Freidenker beteiligen werden. In Wiesbaden und Saarbrücken ostersamstags eventuell mit einem Infostand. Unsere ganze Kraft liegt in den nächsten drei Monaten in der Vorbereitung des 4. Linken Liedersommers auf der Burg Waldeck. Die Flyer für die Werbung und Anmeldung sind jetzt da und können bei mir angefordert werden. Wir hoffen auf rege Beteiligung, insbesondere auch von unseren Mitgliedern und Sympathisanten aus Rhl.-Pfalz/Saarland.



**Allen Freidenker-Genossinnen
nachträglich: Herzlichen Glück-
wunsch zum Internationalen Frauentag!**

Karin Gottlieb

Terroristen – Staatsschützer - braune Brüder

Angefangen haben die neofaschistischen Gewaltakte und Morde schon vor Jahrzehnten. Und genauso alt sind die Verharmlosungen und Vertuschungen durch den Staatsapparat. Aufgeflogen ist die jüngste Mordserie durch den „Doppelselbstmord“ der beiden Männer der Mordbande.

Seitdem kommt eine „Pannenserie“ nach der anderen ans Licht, und alle stecken drin: Bundeskriminalamt (BKA), Staatsschutz und vor allem der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“. Selbst konservative staatstragende Medien haben ihre Zweifel, ob es da nicht was anderes gibt. Jetzt, nachdem die Bande aufgefliegen ist.

Und davor? Keine überregionale Zeitung, kein Fernseh-Magazin hat bei der Mordserie recherchiert. „Döner-Morde“ - das war es. Die Hinweise antifaschistischer Gruppen und linker Parteien wurden als das übliche linke Gezeter ignoriert. Brandanschläge auf Wohnhäuser, Geschäfte und andere Einrichtungen vor allem von Muslimen wurden als innertürkische Bandenkämpfe abgestempelt. Rassistische Spuren wurden mehr oder weniger ignoriert, wenn nicht gar beseitigt.

im Saarland: Bei einer Serie von Brandanschlägen vor einiger Zeit in Völklingen wurde gegen einen türkischen Hausbesitzer als Hauptverdächtigen ermittelt. Belastet wurde dieser ausgerechnet durch einen NPD-V-Mann des Geheimdienstes. Bei einem aktuellen Brandanschlag in Völklingen wurde der betroffenen Familie, ebenfalls Türkei-Einwanderer, empfohlen, die Sache nicht an die große Glocke zu hängen, die Medien nicht zu informieren. Die Täter hatten mit einem Hackenkreuz signiert.

Nach über 10 Jahren werden die Ermittlungen zu dem Brandanschlag auf die Werhmachtsausstellung in Saarbrücken wieder aufgenommen; damals ignorierte Spuren werden jetzt verfolgt.

Rheinland-Pfalz: Nicht aufgeklärt ist bisher auch der Brandanschlag auf die Wormser Synagoge im Mai 2010. An acht Stellen des Gebäudes wurde Feuer gelegt, zudem wurde ein Molotow-Cocktail gegen ein Fenster im ersten Stock geschleudert. Glücklicherweise prallte er ab und fiel vor dem Gebäude zu Boden. Dadurch wurde womöglich eine Brandkatastrophe verhindert, denn hinter dem Fenster befindet sich die Bibliothek der jüdischen Gemeinde.

Ende vergangenen Jahres gab es in den Kreisen Kusel und Kaiserslautern Anschläge auf eine türkische Imbissbude. Ermittelt wird jetzt gegen eine bekannte militante neofaschist. Gruppe.

Dies sind nur einige wenige Beispiele der Ignoranz von Staatsapparat, Medien und gesellschaftlichen Organisationen gegenüber Anschlägen mit neofaschistischen Bezügen im Bereich unseres Landesverbandes. Das Zusammenwirken von Teilen des Staatsapparates und neofaschistischen Strukturen ist offenkun-



dig. Das hatten Antifaschist/Innen schon seit langem nachgewiesen. Offiziell bestätigt wird dies mit Sicherheit nicht. Zur Erinnerung: Anfang der 90er Jahre ist in NATO-Europa der paramilitärische NATO-Geheimbund „GLADIO“ enttarnt worden, mit seiner deutschen Abteilung „Schweigenetz“. Angeblich aufgelöst.

(Karikatur: B. Bücking, UZ 25.11.2011)

In einem Land, in dem ein Rassist wie Thilo Sarrazin von der Bundesschiedskommission der SPD als Sozial-Demokrat zertifiziert wird, ist der Übergang vom Abwiegler und Verharmloser zum militanten Neofaschisten längst fließend. Nach aktuellen Studien sind mind. 20% der deutschen Bevölkerung neofaschistisch eingestellt.

All dies hat bei der „Trauerveranstaltung“ des Staatsapparates am 24. Febr. keine Rolle gespielt. Da hat sich der Staat als trauerndes und zu Konsequenzen entschlossenes Subjekt dargestellt. Doch die Trauer galt nur den Opfern der neofaschist. Mördergruppe. Was ist mit den anderen? Was ist mit wirklichen Konsequenzen? Was ist mit einem NPD-Verbot?

Es gibt viele Gründe die NPD und andere sofort zu verbieten. Es gibt nur einen Grund, dies nicht zu tun: weil man es nicht tun will und den Neofaschismus weiterhin legalisieren will. Selbstverständlich verschwinden nicht Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus aus dem Bewusstsein der Bevölkerung. Aber, dies darf nicht mehr legal verbreitet werden, keine NPD-Infostand mehr, keine Aufmärsche, keine Zusammenrottungen mehr. Das wäre doch schon was. Deshalb: **NPD-Verbot jetzt!** Unterschriftenlisten bei den Mitgliedern der VVN-BdA oder www.npd-verbot-jetzt.de

Rainer Dörrenbecher

Aufruf zum Ostermarsch Saar 2012

Weil wir Frieden wollen, ...

Wir leben in einer Zeit größter Verunsicherung durch die dramatische weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, verbunden mit Demokratieabbau und der Androhung neuer Kriege. Als Rechtfertigung für militärische Interventionen werden humanitäre Ziele vorgeschoben.

Den wirtschaftlich und politisch Herrschenden müssen Kriegsabenteuer wie in Afghanistan, Irak und Libyen unmöglich gemacht werden. Militärischen Interventionen gegen Syrien und den Iran widersetzen wir uns.

Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und das Ende aller anderen Auslandseinsätze. Waffenexporte sind zu verbieten. Der konfliktreiche Nahe und Mittlere Osten ist in eine atomwaffenfreie Zone umzuwandeln. Atomwaffen müssen weltweit geächtet und vernichtet werden.

Wir stellen uns dem Werben für Militär und Krieg entgegen. Es ist für uns unerträglich, dass Krieg wieder als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gelten soll. Wir bestehen auf der Einhaltung des Völkerrechts und der UNO-Charta mit ihrem strikten Gewaltverbot. Angesichts unserer Geschichte sehen wir uns in besonderem Maße zur Wachsamkeit verpflichtet. Das schließt den Kampf gegen Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit mit ein. Wir wollen Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und ökologische Vernunft durchsetzen.



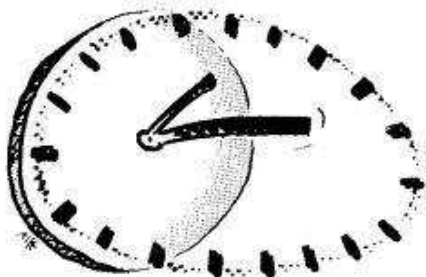
... müssen wir die Politik in die eigenen Hände nehmen.

Unsere regionalen Forderungen:

- Auflösung der Saarlandbrigade! - Entmilitarisierung der Region SaarLorLux!
- Keinen Einsatz der Bundeswehr im Inneren! - Stoppt die Umrüstung zur Söldner-Armee!
- Keine weitere Militarisierung der Gesellschaft durch Bundeswehrwerbung im Fernsehen, in Filmen, bei den Arbeitsvermittlungen, an Schulen oder auf Messen! Das Rekrutierungszentrum am Hauptbahnhof Saarbrücken muss geschlossen werden!

Diskussionsveranstaltung: „Bessere Zeiten für Frauen?!“

Zu frauenpolitischen Aspekten der Debatten um Arbeitszeit



Heute arbeitet mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, jede Fünfte von ihnen nur deshalb, weil sie keinen Vollzeitarbeitsplatz finden konnte. Von den anderen wünscht sich die Hälfte eine Verlängerung ihrer Arbeitszeiten, bei den Frauen mit Minijobs sogar drei Viertel. Viele Frauen würden also gern länger arbeiten. Was hat die Debatte um Arbeitszeitverkürzung mit ihren Bedürfnissen

zu tun? Und ist eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeiten im Rahmen eines neu definierten Norm(al)arbeitsverhältnisses ein Baustein für "bessere Zeiten" im Sinne eines besseren Lebens für alle Frauen (und Männer!)? Fakten und Denkanstöße, persönliche Erfahrungen: Stoff für eine hoffentlich rege Diskussion - mit Ihnen?!"

Referentin: Raja Bernard

Sie arbeitet an der Universität Bonn und ist dort eine der Mitinitiatorinnen des Hochschulsekretärinnen-Netzwerkes. Sie ist u.a. aktiv in der Uni-Betriebsgruppe, im Bezirksfrauenrat, im Fachbereich Wissenschaft und Forschung, sowie im Landesbezirksvorstand von ver.di. Mit dem Thema Arbeitszeit/Arbeitszeitverkürzung beschäftigt sie sich seit langem.

Freitag, 23. März 2012, 18.00 Uhr

Frauenbibliothek Saar, Bleichstr. 4, Saarbrücken

(Fortsetzung von Seite 6)

- Umfassende Abrüstung statt Sozialabbau und Hartz IV - Konversion aller militärischen Anlagen und Rüstungsfirmen in zivile Projekte, mitfinanziert durch die Profite der Rüstungsindustrie!

Wir fordern, den US-Raketenabwehrschild nicht zu errichten, weil er einen Atomkrieg wahrscheinlicher macht. Keine Überwachungszentrale in Ramstein - die Air Base muss geschlossen werden!

Beteiligen Sie sich am Ostermarsch Saar am Ostersamstag, 7. April:

- **11 Uhr** **Auftakt an der Johanneskirche Saarbrücken**
- **12 Uhr** **Kundgebung am St. Johanner Markt**

Internationaler Frauentag 2012

SeXchs ist die Lösung!



**vom Six-
Pack zum
6-Stunden-
Tag**

**Kabarettistische Lösungen auf existenzielle Fragen
von und mit Jane Zahn**

Freitag, 9. März,

19.00 Uhr, Filmhaus Saarbrücken, Mainzerstr. 8

Eintritt: 10.-/ermäßigt 7.-

eine Veranstaltung der DKP-Saarland

War Mutter Natur alleinerziehend? Oder war auch noch ein Gott namens Vater dabei? Hat der Mensch sich mühsam vom Pantoffeltierchen zur Krone der Schöpfung emporgearbeitet um jetzt wie ein Ochse zu arbeiten oder wie ein Hund zu leben? Geht die Evolution von den 8-Beinern über die 6-Beiner zu den Einbeinern?

Jane Zahn, geboren 1950 in Berlin (Neukölln), frühzeitig verschleppt ins ungeliebte Frankfurt / Main, hat sich erst spät den Traum von der Kabarettbühne erfüllt. Jetzt verblüfft sie mit ihrer Vielseitigkeit und ihrem Können das Publikum im Rhein-Neckar-Raum, aber auch in Berlin, Leipzig und Dortmund. Jane Zahn ist Mitglied des DFV, war 2010 beim Linken Liedersommer dabei.

“Die Kumpanei von Verfassungsschützern und V-Leuten muss enden“

Leserbrief von Gert Winkelmeier, Neuwied, an die „Rhein-Zeitung“, Koblenz; Dez. 2011

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bröcker,

Endlich wird in vielen Tageszeitungskommentaren darüber geschrieben, dass das Verbot der NPD überfällig ist. In dieser Hinsicht: Ein glänzender Kommentar Ihres Redakteurs, Herrn Bröcker. Weil ich mich seit meiner frühesten Jugend mit den Themengebieten „Faschismus und Antifaschismus“ beschäftige, möchte ich den RZ-Kommentar “Die Kumpanei von Verfassungsschützern und V-Leuten muss enden“ noch um zwei inhaltliche Aspekte bereichern.

1. Es geht nicht nur um das Verbot der NPD, sondern um das Verbot dieser Partei mit allen ihren Neben-, Vorfeld- und Nachfolgeorganisationen. Diese notwendige Konsequenz wurde bereits 1945 im Potsdamer Abkommen gefordert. Bisher wurde von keiner Bundesregierung der Artikel 139 unseres Grundgesetzes, „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“, vollständig umgesetzt.

2. Da schreibt in der gleichen RZ-Ausgabe ein 21-jähriger Leserbriefschreiber, dass heute braunes Gedankengut nur noch sehr schwer nachzuvollziehen sei und stellt dann die gute Forderung, dass die Politik und das Bildungswesen schnellst möglich die Jugendlichen aufklären soll, um sie vor rechter Kriminalität zu schützen.

Ich selbst bin in den 1970er Jahren Mitglied der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten) geworden. Diese Organisation wurde 1947 in Rheinland-Pfalz von Überlebenden der faschistischen KZs gegründet. Sie wird seit Jahrzehnten ehrenamtlich geführt und fühlt sich inhaltlich dem Buchenwald-Schwur („Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“) verpflichtet.

Bis 2010 war die VVN-BdA Rheinland-Pfalz vom Finanzamt als gemeinnütziger Verband anerkannt. 2011 flatterte den Landesvorstandsmitgliedern ein Schreiben des Finanzamtes auf den Tisch, der ihm die Gemeinnützigkeit mit fadencheinigen Gründen aberkannte. Finanzbürokraten und vielleicht auch der Landesfinanzminister selbst behindern damit – objektiv gesehen – die geforderte Bildungsarbeit des o.g. Leserbriefschreibers. Eine der irrwitzigsten Begründungen der Finanzbürokraten lautete: Weil sogenannte „Verfassungs-

"Die Kumpanei von Verfassungsschützern

schützer“ aus Schleswig-Holstein und Bayern die dortigen Landesverbände, wegen der in der Bundesrepublik geltenden Totalitarismuskonzeption, in ihren Landesverfassungsberichten erwähnen, wird der VVN-BdA in Rheinland-Pfalz die Gemeinnützigkeit und damit die Steuerabzugsfähigkeit von Spenden für antifaschistische Arbeit aberkannt.

Damit schließt sich der gedankliche Kreis zum RZ-Kommentar von der Kumpanei einiger Verfassungsschützer mit den Nazis. Es ist unerträglich, dass Verfassungsschützer und Finanzbeamte antifaschistische Arbeit durch die Aberkennung der Gemeinnützigkeit in Rheinland-Pfalz behindern.

Mit diesem Skandal muss sich Finanzminister Kühl beschäftigen und ihn im Sinne der VVN-BdA beenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ger Winkelmeier

Nachtrag der Redaktion:

Inzwischen wurde die Aufhebung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA Rheinland-Pfalz wieder rückgängig gemacht. Dies ist zweifellos ein Ergebnis der vielfältigen Proteste. Dieser Erfolg zeigt auch, dass es sich lohnen kann, sich zu wehren.

"Gegen Gott kann man nicht streiken –

aber er zahlt auch keine Niedriglöhne"

Staatskirchen weiter gegen geltendes Arbeitsrecht

Von den Massenmedien meist unbeachtet finden immerwieder Auseinandersetzungen in Unternehmen der Staatskirchen statt. Den Beschäftigten in diesen „Tendenzbetrieben“ werden durch Gesetz wesentliche soziale Rechte vorenthalten. Und die „Konzernleitungen“ versuchen ständig weitere Einschränkungen durchzusetzen.

In der Saarbrücker Caritasklinik haben innerhalb kurzer Zeit mehrere Pflegekräfte wegen der Arbeitshetze gekündigt. Diese Situation hat die Pflegedirektorin selbstverständlich schön geredet. Thomas Müller (ver.di) machte deutlich, dass die harten Arbeitsbedingungen auf dem Winterberg kein Einzelfall sind. Darauf hin startete die Leitung der Caritas-Klinik einen Angriff auf ver.di und sagte "ver.di vertritt die Pflege nicht gut genug."

ver.di dazu: „Dies ist eine Unverschämtheit. Die Krankenhausleitung dort sieht es nicht gern, wenn sich ihre Beschäftigten an Aktionen von ver.di beteiligen. Als wir im Herbst auf der Alten Brücke, Saarbrücken, eine Aktion aller Krankenhäuser durchführten, erregte man sich über einen Stand der ver.di Betriebsgruppe. Ein Mitglied von uns wurde sogar einbestellt. Als ihn der Gewerkschaftsvertreter Quetting begleitete, wurde das Gespräch auf dem Flur durchgeführt, da man mit ver.di nicht reden will. Wir hätten nichts dagegen, auch mit der Caritas in Tarifverhandlungen zu treten. Und wir hätten auch nichts dagegen, wenn sich das Klinikum an der Aktion "Der Druck muss raus" beteiligen würde. So kämpfen wir schwerpunktmäßig für Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn. Wer dafür ist, dass ver.di besser die Interessen der Beschäftigten vertreten kann, muss sich dafür einsetzen, dass die Kirche auch Tarifverträge mit der Gewerkschaft abschließt und erschwert nicht ver.di den Zutritt zu den kirchlichen Häusern.“

Der Pflegedirektor der Saarland Kliniken der Kreuznacher Diakonie behauptet ein "AVR-Tarifvertrag" sei "beim Jahresgehalt gleich wie der TVÖD". Der AVR ist kein Tarifvertrag. Die Kirche und auch die Diakonie in Bad-Kreuznach weigern sich, mit ver.di einen Tarifvertrag abzuschließen. Das ist nun mal Fakt und gerade Gegenstand großer Auseinandersetzungen.“

Evangelische Kirche beharrt auf kirchlichem Arbeitsrecht

Die Diakonie der Evangelischen Kirche in Deutschland will weiter am kirchlichen Arbeitsrecht festhalten. In kirchlichen und diakonischen Einrichtungen müsse auch die kirchliche Rechtsordnung zur Geltung kommen, sagte der Präsident des EKD-Kirchenamtes, Hans-Ulrich Anke, in Hannover dem epd. Inzwischen jedoch schloss das Evangelische Krankenhaus Oldenburg abweichend vom kirchlichen Sonderweg erstmals in der Geschichte der niedersächsischen Diakonie einen Haustarif mit den Gewerkschaften ab. Allerdings gilt dort nach der Lesart der Diakonie weiter das kirchliche Arbeitsrecht.

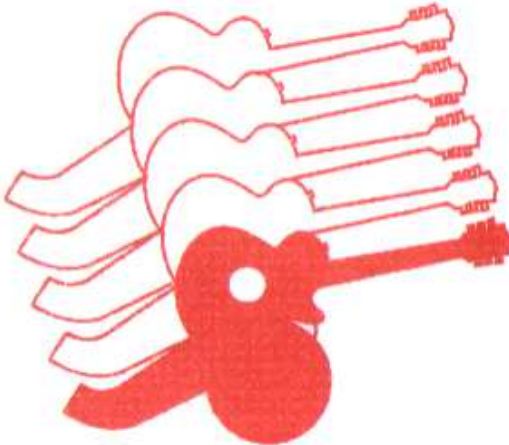
kathol. Kirche entlässt Mitarbeiter wegen Ehebruchs

Die Diözese Rottenburg-Stuttgart hat einen langjährigen Mitarbeiter entlassen, weil er die Ehe gebrochen hat. Ein Sprecher der Diözese bestätigte am Montag, 27.02.2012, einen entsprechenden Bericht der «Neckar Chronik» vom 25.02.2012. Der Mann hatte nach der Trennung von seiner Ehefrau mit seiner neuen Partnerin ein Kind bekommen. Daraufhin sei dem Chef des Gesamtbetriebsrats nach 20 Jahren fristlos gekündigt worden, berichtete die Zeitung.

«Die Unauflöslichkeit der Ehe ist in der katholischen Kirche ein unangreifbares Gut», sagte der bischöfliche Pressesprecher.

Jonny Marx
Gesellschaft
für politische Bildung e.V.
Rosa Luxemburg Stiftung RLP

Freidenker
Deutscher Freidenker-Verband
Landesverband RLP/Saar & Hessen



linker lieder sommer

für eine solidarische welt
gegen ausbeutung und krieg

4. Kulturseminar auf

Burg Waldeck/Hunsrück

15.-17. Juni 2012

Anknüpfend an die Tradition der legendären Waldeck-Festivals zu APO-Zeiten laden wir wieder zu einem Musik-Treffen auf die Burg Waldeck ein.

In den 1968er Jahren war die Burg Waldeck zum Markenzeichen der linken Protestlieder geworden. einer davon der unvergessene Franz-Josef Degenhardt, der am 14.11.11 gestorben ist.

Herzlich eingeladen sind Künstler/Innen Musikgruppen, Sänger/innen und Leute, die im Seminar oder am Lagerfeuer sich mit Gleichgesinnten austauschen möchten.

Teilnahmekosten:

- Teilnehmerbeitrag: 18.-€/Tageskarte 9.-€
- mit Ermäßigung: 8.-€/Tageskarte 5.-€

Verpflegung:

Vollverpflegung und Selbstversorgung möglich

Übernachtung:

- im Mehrbettzimmer
- Zeltplatz
- außerhalb: Touristen-Info Kastellaun:

Tel:6742-40320/40380

Anmeldung:

Karin Gottlieb,
Tel:06781-1685
Mail: dfv-rps@t-online.de oder
Monika Krotter-Hartmann,
Mail: m.krotterhartmann@freidenker.de